

Stellungnahme des Stadtrats Sursee zum Fusionsprojekt GKMS

Die Bevölkerung der Gemeinden Geuensee, Knutwil, Mauensee und Sursee hat sich am 28. November 2010 anlässlich einer Urnenabstimmung in den einzelnen Gemeinden für Fusionsabklärungen entschieden. Diese wurden im Dezember 2010 im Rahmen des Abklärungsprojekts GKMS gestartet. Die jeweiligen Zwischenresultate wurden den politischen Parteien sowie der Bevölkerung rechtzeitig weiter gegeben. Es wurden verschiedene Anlässe wie „Märtplatz“ oder „Runder Tisch“ organisiert. Zudem wurde eine Vernehmlassung zum Schlussbericht des Projekts GKMS bei der Bevölkerung durchgeführt.

Der Stadtrat Sursee spricht sich nach wie vor grundsätzlich für Fusionen mit Nachbargemeinden aus. Dies vor allem auch im Hinblick auf ein koordiniertes Wachstum und eine geordnete Raumplanung. Insbesondere würde mit der Fusion auch weitgehend das Ziel eines starken Zentrums auf der Luzerner Landschaft – als Pendant zur Stadt Luzern – erreicht.

Schon früh hat der Stadtrat im Rahmen des nicht immer einfachen Abklärungsprozesses unter den vier Gemeinden betont, dass Sursee positiv zu Fusionen steht – jedoch nicht um jeden Preis! Die nun vorliegenden Resultate zeigen, dass eine so genannte strategische Fusion nicht einfach zu bewerkstelligen und die Zeit für ein solch weitsichtiges Projekt noch nicht reif ist. Vor allem beim kontrovers diskutierten Thema „Sitzgarantie“ konnte keine Einigung erzielt werden.

Trotz gesetzlicher Möglichkeit, für längstens eine Amtsperiode eine Sitzgarantie der Ortsteile im neuen Stadtrat zuzulassen, spricht sich der Surseer Stadtrat aus demokratischen Überlegungen klar gegen eine solche Garantie aus.

Die Einführung einer Sitzgarantie für Ortsteile tangiert den verfassungsmässig garantierten Grundsatz der Wahlrechtsgleichheit. Die Garantie kann also dazu führen, dass eine Person – obwohl diese mehr Stimmen als eine andere erhält und somit von mehr Stimmberechtigten gewählt worden ist – das Amt trotzdem nicht antreten kann.

In der neuen Stadtregierung sollen Stadträtinnen und Stadträte vertreten sein, die von der Bevölkerung aller Gemeindeteile mit einem klaren Mehr in freier Majorzwahl gewählt wurden. Die Ratsmitglieder sollen die Gesamtoptik der fusionierten Stadt Sursee und nicht die einzelnen Ortsteile im Fokus haben. Eine Sitzgarantie stützt sich dabei in keiner Art und Weise auf die demokratischen Grundrechte der Gemeinden sowie des Kantons. Damit verbunden stehen zudem noch viele weitere offene Fragen bezüglich der Wahl ins Ressort (auch nur bei der Wahl des Präsidiums ins Ressort). Es gibt – wenn überhaupt – nur theoretische Ansätze zur allfälligen Lösungsfindung bei einer Sitzgarantie der Ortsteile.

Dem Stadtrat war es immer ein grosses Anliegen, alle Stadträtinnen und Stadträte direkt ins Ressort wählen zu lassen (Kompetenzen und Professionalität). Dahingehend haben sich auch die politischen Meinungsträger im Rahmen der Revision der aktuellen Gemeindeordnung der Stadt Sursee klar geäußert. Die Bestimmungen wurden dann auch dementsprechend aufgenommen.

Aufgrund der Tatsache, dass ohne die Stadt Sursee unter den beteiligten Gemeinden keine Fusion im Interesse des Kantons bzw. der Stärkung der Region erfolgen kann, hätten sich mindestens zwei weitere Gemeinderäte der Gemeinden Geuensee, Knutwil oder Mauensee

für freie Majorzwahlen ohne Sitzgarantie aussprechen müssen. Die Gemeinderäte haben dies jedoch nicht anerkannt und somit dem Fusionsvertrag auch nicht zugestimmt.

Nachdem die Zuständigkeit für den Vertragsabschluss bei den Gemeinderäten bzw. dem Stadtrat Sursee liegt, kann das Vertragswerk den Stimmberechtigten auch nicht zur Genehmigung an der Urne vorgelegt werden.

Der Stadtrat bedauert diesen Ausgang des umfangreichen Fusionsprozesses. Er ist jedoch der Auffassung, dass die Abklärungen nicht vergebens waren, da wichtige Erfahrungen und Erkenntnisse unter den vier Gemeinden gesammelt werden konnten, die für künftige gemeinsame Projekte sowie bis hin zu späteren Fusionen wieder herangezogen werden können.

Aufgrund des engen Zeitrahmens zu den ordentlichen kommunalen Neuwahlen im Kanton Luzern vom 6. Mai 2012 sieht sich der Stadtrat gezwungen, beim Justiz- und Sicherheitsdepartement des Kantons Luzern ein Gesuch zu stellen, die kommunalen Neuwahlen – auch ohne Fusionsabstimmung – wie geplant am Sonntag, 23. September 2012 durchzuführen. Damit soll aufgrund der neuen Ausgangslage den politischen Parteien genügend Zeit für die Evaluation der Kandidatinnen und Kandidaten für den Stadtrat, die Controlling-Kommission, die Schulpflege und die Einbürgerungskommission eingeräumt werden.

Sursee, 20. Januar 2012

Stadtrat Sursee